

NWZ 09.03.13 S28

Finanzkrise verständlich erklären

PÄDAGOGIK Zukunft Europas beim Tag der ökonomischen Bildung in der Diskussion



Lieferten sich beim Tag der Ökonomischen Bildung eine intensive Diskussion: Dr. Karl-Josef Burkard, Dirk Gerlach, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer, Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz, Moderator Michael Koch und Prof. Dr. Dirk Loerwald

BILD: KAI SCHESNA

Lehrer und Wirtschafts-
experten erarbeiteten die
Hintergründe der Fi-
nanzkrise. Dabei wurde
kontrovers diskutiert.

VON NIKOLA NORDING

OLDENBURG – Soll Griechenland die europäische Gemeinschaft verlassen? – Dieses durchaus polarisierende Thema diskutierten 120 Teilnehmer beim sechsten Tag der ökonomischen Bildung des Verbands Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen (Vöbas) in der Universität Oldenburg. Überwiegend Lehrer allgemeinbildender Schulen sprachen in den Seminaren und Diskussionen über die Finanzkrise im Euro-Raum, und wie dieses komplexe Thema an Schüler weitergeben werden kann.

Stein des Anstoßes für die Diskussion um Griechenland war der Eröffnungsvortrag des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Michael Bräuninger, Forschungsdirektor am Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI). Der Experte referierte über die „Krise des Euro und Perspektiven der Europäischen Währungsunion“. Nachdem er die Entwicklung der Weltmärkte während der Finanzkrise – beginnend mit dem Platzen der Immobilienblase 2006 in den USA – beleuchtete, erklärte er auch die Entwicklung des deutschen Markts.

Um die Finanz- und Staatenkrise zu bewältigen, zeigte der Experte vier Szenarien auf: Eine Rückkehr zu einer veränderten Form der Maastrichter Verträge, „das wäre nicht das schlechteste“, so Bräuninger. Eine Einführung von Eurobonds ohne eine Fis-

kalunion. Dieses Szenario sei allerdings zu unsicher. Während gemeinsame Anleihen in einer Föderation verstellbar seien.

Ein viertes Szenario sei das Auseinanderfallen der Eurozone. „Das gilt es zu verhindern“, machte der Experte deutlich. Dazu seien neue Kontrollinstitutionen nötig, „die klare Regeln schaffen.“

Dieser Meinung schlossen sich auch die Experten der Podiumsdiskussion am Nachmittag an. Das Vertrauen in die Politik und die Wirtschaft sei massiv in der Europäischen Bevölkerung gestört, sagte Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz, Studienleiterin der Europäischen Akademie Berlin. Sie sprach neben der Finanz- und Wirtschaftskrise auch von einer Vertrauenskrise in Europa. „Es müssen Institutionen geschaffen werden, die kontrollieren und das Ver-

trauen aller EU-Bürger haben“, meinte auch Dr. Dirk Loerwald, Professor für Ökonomische Bildung an der Uni Oldenburg. Dadurch solle das Vertrauen in Politik und Wirtschaft wieder gestärkt werden.

Ein Zuschauer kritisierte, dass in der Politik zu wirtschaftlich gedacht würde. Dirk Gerlach von der Deutschen Bundesbank in Hannover entgegnete darauf, jedes politische Projekt, müsse eine ökonomische Basis haben: „Wenn es viel kostet, und alle es wollen, tragen sie es gemeinsam, ansonsten muss darüber diskutiert werden.“

Den schlechten Ruf Europas in Deutschland begründete Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer, EU-Parlamentsmitglied mit der Umsetzung europäischer Richtlinien. „Regelmäßig werden Richtlinien härter gemacht, und bürokratisiert“, kritisierte Mayer.